Entente adressierten Denunziationen nicht zurückschrecken, um die Wehr gegen Verbrechen und Putsche zu hintertreiben. Denn Plünderungen und ähnliche Verbrechen, die dadurch verhindert werden sollen, wollen sie doch offenbar auch nicht, und durch Putsche können sie doch recht leicht selbst bös unter den Schlitten kommen. Wenn sie gestern schrien, es sollte dadurch nur der Kapitalismus geschützt und die Gegenrevolution eingeleitet werden, so können sie an solche Verlegenheitsfloskeln selbst nicht glauben. Denn wenn durch die Hilfspolizei die Sabotage der Demokratie verhindert werden soll, so nützt man damit dem Volke, aber nicht dem Kapitalismus; der Gegenrevolution aber wird gerade durch Putsche und bolschewistische Eintagsherrschaften der Weg bereitet, was Ungarn gezeigt hat.

Wenn sich die Herren Liebknecht und Schäfer schließlich auf die Not als Ursache der steigenden Kriminalität beriefen, so klingt das seltsam in den Augen von Herren, die noch in den ersten Monaten der Revolution die Ansicht vertraten, daß die steigende Not für das Weitertreiben der Revolution nur von Vorteil sein könne. Ob sie so auch heute noch die Volksnot zur Förderung politischer Geschäfte mißbrauchen wollen, blieb unklar; aber auf den Hinweis von sozialdemokratischer Seite, daß durch putschistische Streiks und spartakistische Sabotage die Not des Volkes ja gesteigert werden müsse, wußten die Herren nichts zu erwidern, eiferten aber unvermindert gegen eine Vorlage, die dazu führen soll, die kommunistische Sabotage am Wirtschaftsleben und Volkswohl noch Möglichkeit zu verhüten.

Von sozialdemokratischer Seite kam der Wunsch zum Ausdruck, Garantien zu schaffen, daß die Hilfspolizei in allen politischen Wechselfällen ein Organ der Demokratie bleibt. Die Redner der bürgerlichen Parteien stimmten der Vorlage zu, besonders gilt das von den Demokraten, für die die Abg. Günther und Dr. Large das Wort führten.

Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuß überwiesen, wo noch über einige Spezialfragen, besonders über ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit der ordentlichen Polizei, und, was die Konservativen besonders wünschten, über die Mitteldeckung beraten werden soll. Das ist allerdings keine leichte Aufgabe, selbst wenn, was mit Aussicht auf Erfolg angestrebt wird, das Reich den größten Teil der Kosten übernimmt.

Die Streikgefahr für Amerika

Basel, 30. Oktober. Wie der Petit Parisien schreibt, ist Amerika von der größten Arbeiterbewegung bedroht, die es je erlebt hat. Den Stahlarbeitern, die sich noch im Streik befinden, und den Bergleuten, die die Arbeitseinstellung für den 1. November beschlossen, werden sich bald die Eisenbahnangestellten anschließen, wenn ihre Forderungen nicht durchdringen. Sie wollen, daß die Kontrolle der Regierung über die Eisenbahnen aufhört. In 14 Tagen werden in den Vereinigten Staaten zwei Millionen Arbeiter in den Streik eintreten, wenn die gegenwärtigen Differenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern in der Industrie nicht gelöst werden können.

Amsterdam, 29. Oktober. Telegraaf meldet aus Newyork, daß in Brooklyn infolge Wiederaufnahme der Arbeit durch eine Gruppe von Docharbeitern ernste Unruhen stattgefunden haben, wobei es Tote und Verwundete gab. Etwa 20 000 Arbeiter streiken noch, während 30 000 die Arbeit wieder aufgenommen haben sollen.

Haag, 29. Oktober. Nieuwe Courant meldet aus Washington, daß der ausführende Rat am Mittwoch in Annapolis zusammentrat, um, wie der Präsident des Arbeiterbundes Lewis erklärt, die Streikpläne zu besprechen.

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus dem Haag wird aus Chikago gedrahtet: 14 Abteilungen des amerikanischen Eisenbahnerverbandes mit insgesamt 12 000 Arbeitern des Chikagoer Distrikts werden Donnerstag den Streik erklären, weil ihre Lohnforderungen nicht bewilligt werden. Weitere Abteilungen mit 100 000 Arbeitern sind ebenfalls in eine Abstimmung über den Streik begriffen.

Berlins Stromversorgung gesichert

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sind die Leute, die es unter keinen Umständen zulassen wollen, daß sich das deutsche Wirtschaftsleben wieder beruhigt und festigt, wieder einmal am Werk, ein neues Feuerchen anzustecken. Vorboten dieser Bemühungen waren die Teilstreiks in den Elektrizitätswerken in Bitterfeld und Gräfenhainichen. Die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hat es aber anscheinend auch in jenem Bezirke satt, sich dauernd von politischen Wirrköpfen und Demagogen mißbrauchen zu lassen. Wie gemeldet wird, sind die Arbeiter im Elektrizitätswerk in Bitterfeld und Gräfenhainichen der von Halle ausgehenden Streikparole nicht gefolgt. Die Versorgung Berlins mit elektrischem Strom ist also sichergestellt.

Streik im Rheinland

Köln, 29. Oktober. Laut Köln. Ztg. befindet sich seit einigen Tagen die Belegschaft der Charlottenhütte in Niederfelten im Ausstand. Das Werk liegt vollständig still. Die elektrische Stromzufuhr ist unterbunden.

Jugend und Politik

In der Unabhängigen Volkszeitung schreibt Karl Ullrich einen längeren Artikel unter der Ueberschrift: Irrungen und Wirrungen in der Jugendfrage. Veranlaßt durch das „wenig erfreuliche Bild" der Generalversammlung der Freien sozialistischen Jugend, in der sich bekanntlich die von der Dresdner Vereinigten Arbeiterjugend abgesplitterte Gruppe zusammengetan hat, bricht Ullrich in diesem Artikel Wahrheiten aus, die der Vereinigten Arbeiterjugend längst als Richtschnur ihres Tuns dienen. Es war aber höchste Zeit, daß sie auch einmal in diesem unabhängigen Blatte, an diese Jugend gerichtet, ausgesprochen wurden. Und es ist noch höhere Zeit, daß dort auch nach diesen Wahrheiten gehandelt wird, die, in diesem Blatte abgedruckt, für den einen besonderen pikanten Reiz bekommen, der da weiß, wie oft gerade dort dagegen gesündigt wird — vielleicht ist der Abdruck dieses Artikels ein erster Schritt auf dem Wege zur Besserung.

Ullrich schreibt und wir zitieren die wesentlichsten Stellen, ohne den Sinn des ganzen Artikels zu stören:

Es ist so ungemein leicht, große Forderungen aufzustellen, die Jugend mit schönen, klingenden Worten zu begeistern, wenn man sich kein Gewissen daraus macht, wie weit Gesprochenes und Gefordertes auch tatsächlich verwirklicht werden kann.

Alle Begeisterung, alles revolutionäre Streben der Jugend in Ehren. Wo wäre die Jugend, die nicht reger empfindet, die nicht revolutionärer fühlte, als die Alten ganz gleich auf welchem Gebiet; die Jugend, die bedächtig ihr Haupt wiegt und lange wägt und prüft, ehe sie entscheidet, die erfahrener und klüger spricht als die klügsten Alten, ist eben keine Jugend.

Seit Jahren ist heiß gestritten worden um die Jugend. Einmal von denen, die die Jugend zu Süldnerschaaren in ihren politischen Kämpfen zu machen gedachten. Andre wieder suchten sich in den Kampf um der Jugend selbst willen; sie wollten sie nicht zum Nachwuchs eben einer Partei, sondern ihnen war es vor allem darum zu tun, das Ja endbewußtsein zu wecken. Auch um die Proletarierjugend geht leider der Streit. Und das ist bitter. Tut es einem oft schon in der Seele weh, zu sehen, wie sich die erwachsene Arbeiterschaft zerfleischt und gegenseitig Wunden schlägt, so empfindet man es doppelt schmerzlich, sieht man die gleiche Tragödie in der Jugend sich wiederholen.

Gewiß, wir leben in einer bewegten Zeit, in der man mit sentimentalen Betrachtungen nicht kommen darf, die kommenden Wochen oder Monate werden vielleicht weitere schwerwiegende Entscheidungen bringen. Und dennoch wäre es falsch, zu meinen, die Jugend müsse mit hineingerissen werden in diesen politischen Strudel. Bei aller Anerkennung des strebenden Jugendgeistes darf man aber doch nicht vergessen, daß die Jugend den politischen Fragen mehr oder weniger interesselos gegenübersteht. Beweise dafür sie sein gerade die Jugendorganisationen, die sich lediglich mit politischen Fragen beschäftigen, deren Mitgliederzahl aber nur ganz gering ist.

Es hat noch niemals eine Jugend gegeben, die mit 16 Jahren schon politisch gedacht hat. Der Schule kaum entronnen, verlangen Körper und Geist nach Freiheit. Aller Zwang, und auch der politische, ist in diesen Jahren der Jugend verhaßt. Es sind wenige auserlesene Köpfe, die mit 16 Jahren schon einen politischen Leitartikel mit ernstem Interesse lesen. Die besten Jahre seines Lebens verlebt der Proletarierjunge in rauher Bahn und bei den meisten vermag ein echtes Jugendbewußtsein überhaupt nicht aufzukommen. Soll dieser Jugend ihre kurze Zeit nun noch genommen werden, indem man sie vom Spiele fort zum politischen Schauplatz treibt? Doch nicht genug damit, das Bestreben der verantwortlichen Führer geht gerade gegenwärtig mehr denn je dahin, sie zu einem Anhängsel einer Partei werden zu lassen. Ein verantwortungsloses Beginnen. Keine der bestehenden Parteien kann den Menschen das letzte Glück bieten.

In den Jahren der geistigen Entwicklung ist die Jugend nur allzu leicht empfänglich für alles, was um sie vorgeht. Sie ist daher sehr geeignet, für irgendeine Idee schnell Parteien zu erwecken, ohne daß sie den Sinn derselben in ihrer ganzen Größe voll und ganz erfaßt hat. Die Folge ist dann gewöhnlich eine um so größere Enttäuschung. Diese Gefahr besteht ganz besonders für die Jugend bei der Erfassung der sozialistischen Gedankenwelt. Denn wie der sozialistische Gedanke an sich groß und heilig ist, so sind die Parteien, die ihn vertreten, doch nur die Produkte ihrer Zeit. Die Menschen, die sich in ihnen zusammengefunden haben, sind Männer und Frauen von heute, die mit allen Fehlern und Mängeln behaftet der Gesellschaft behaftet sind. Wie sollte von der Stunde der Zu eud an die Idee wachsen, wenn sie überall den Widerspruch gewahrt. Nein, die Jugend muß mit der Idee gleichsam verwachsen. Noch in der Entwicklung stehend, muß sie Stück für Stück der sozialistischen Lebensanschauung sich zu eigen machen. Das kann sie aber nur, wenn sie die Idee rein und wahr kennen lernt. Das kann sie aber nicht, wenn sie von den frühesten Tagen an nach einem bestimmten Parteiprogramm erzogen wird. Damit treibt man vom ersten Tage an die Idee.

Man hält es vielfach für eine Utopie, die Jugenderziehung parteipolitisch neutral zu halten. Und doch muß es möglich sein. Wie ein guter sozialistischer Lehrer seine Kinder wohl im sozialistischen Gedanken, niemals aber zu Kommunisten oder Mehrheitssozialisten erziehen wird, so muß auch der Jugendredner, der Führer und Vortragende die Jugend nur sozialistisch bearbeiten. Die Jugend muß sich zum Sozialismus durchringen. Er darf ihr nicht bloße Programmforderung sein, sondern muß ihr zum innersten Bedürfnis werden.

Rekrutenschule der Partei hat man die Jugend einst genannt. Der Name bestand zu Recht, er sagte das, was die Jugend dann's auch darstellte. Für jetzt darf er keine Geltung mehr haben. Wir müssen uns davon freimachen, um in der Partei nur das zu erstrebende Ziel zu sehen. Die Jugend kann man nicht erziehen, indem man sie mit Phrasen trunken macht und ihr so das schlimmste Gift ins Blut träufelt; der Jugend kann nur eines von den Alten gegeben werden, und das ist: Verständnis und Liebe!

Eine Rechtfertigung der Sozialdemokratie

In seinen in der Vossischen Zeitung veröffentlichten Erinnerungen kommt Graf Czernin auf die Vorgänge im Jahre 1917 zu sprechen. Er führt nachfolgendes aus:

Zusammenfassend ist die historische Wahrheit der Friedensbewegung während meiner Amtszeit die, daß im allgemeinen weder die Entente noch die in Deutschland herrschende allmächtige Militärpartei einen Verständigungsfrieden wollte. Beide wollten siegen und dem niedergeworfenen Gegner einen Gewaltfrieden aufzwingen. Deutschlands führende Männer — vor allem Ludendorff — haben niemals die ehrliche Absicht gehabt, Belgien wirtschaftlich und politisch wieder völlig freizugeben, noch viel weniger wollten sie Opfer bringen, sie wollten in Osten und Westen erobern, und ihre gewaltsamen Absichten haben jeder pazifistischen Tendenz der Entente, so wie sie sich nur leise rührte, entgegengearbeitet. Auf der andern Seite waren die führenden Männer der Entente — Clémenceau stets und Lloyd George jedenfalls später — auch fest entschlossen, Deutschland zu zerschmettern.

Im Frühsommer 1917 schien die Möglichkeit einer Verständigung am Horizont aufzutauchen. Die früher erwähnten Vorgänge ließen sie scheitern.

Durch diese Ausführungen Czernins wird die Politik der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges geradezu glänzend gerechtfertigt. Die Anschauung, die Graf Czernin hier vertritt, war auch maßgebend für die Haltung der Sozialdemokratie während des Krieges. Wir haben nie geglaubt, daß Deutschland bloß seine Bereitschaft zum Verständigungsfrieden zu erklären brauchte, um zu erreichen, daß seine Gegner ihm gerührt in die Arme fallen. Die Gegner wollten siegen, ebenso wie in Deutschland die Annexionisten, und hätten von diesem Ziele nur abgebracht werden können, wenn ihnen durch die militärischen Leistungen Deutschlands gezeigt wurde, daß ihr Sieg über Deutschland ausgeschlossen ist. Deswegen hat die Sozialdemokratie während des Krieges alles vermieden, was die militärische Kraft Deutschlands hätte schwächen können. Sie war sich aber auch darüber klar, daß bei der Uebermacht der Gegner Deutschlands in diesem Kriege auch durch die größten Waffenerfolge im besten Falle nur erreichen konnte, daß der Gegner zu einem Verständigungsfrieden bereit wurde. Die größte weltgeschichtliche Narrheit der Alldeutschen lag eben darin, daß sie die Kraft Deutschlands unsinnig überschätzten und sich ein Ziel setzten, dessen Erreichung bei den gegebenen Machtverhältnissen ausgeschlossen war.

Die deutsche Reichswehr

Berlin, 29. Oktober.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung der Nationalversammlung um 9,05 Uhr.

Der Antrag des Ausschusses für die Geschäftsordnung betr. Nichterteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gendorfer (bei seiner Fraktion) wird angenommen.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts (Reichswehr).

Abg. **Marxhky** (D. Vp.): Die Stärke des Reichsheeres von 100 000 Mann ist zu gering. Auch die monarchisch gesinnten Offiziere können der Republik treu dienen. Wenn Sie diese zwingen, die Reichswehr zu verlassen, so führt die ganze Ordnung zusammen. Die Verpflegung der Mannschaften ist ungenügend, ebenso die Löhnung. (Lärm links.) Die Zukunft der Leute ist nicht sicher gestellt. Wir erkennen an, daß der Reichswehrminister den Willen hat, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Im übrigen aber halten wir ihn für einen überzeugten Sozialisten, also für unsern schärfsten politischen Gegner.

Abg. **Stücklen** (Soz.): Am besten wäre es, wir könnten auf jedes Heer verzichten. Wir sind stets für die Miliz eingetreten. Für die Verteidigung des Landes kommt ein Söldnerheer kaum in Frage. Im Lande besteht die Gefahr, daß ein Söldnerheer ein Werkzeug der Reaktion wird. Die adligen Offiziere beginnen sich wieder zu fühlen. Die Mehrzahl der Offiziere steht der Regierung feindlich gegenüber. Kein Wunder, wenn die Disziplinlosigkeit auf die Mannschaften abfärbt. Ein Heer von Republikanern ist die beste Schutzwehr gegen Spartakisten und Alldeutsche.

Abg. **Noske** (Soz.): Die Ausgaben für Heer und Marine müssen auf das unerläßliche Maß beschränkt werden. Wir wünschen das Bestehen der Reichswehr. Die bevorstehende Einführung eines umfassenden Unterrichts für die Mannschaften begrüßen wir. Die Kaserne darf nicht Tummelplatz der Politik werden. Der militärische Apparat muß der Regierung völlig zur Verfügung stehen.

Abg. v. **Gräfe** (Dnat. Vp.): Die alte Armee war die Grundlage unsers gesamten Vaterlands, unsers Deutschtums. Es ist ein tragisches Geschick, daß deutsche Männer so verblendet waren, daß sie mit dem Siege ihrer Partei das Vaterland zu Boden streckten. Uns ist ein kleiner, kümmerlicher Torso übrig geblieben in der Reichswehr. Sie bedarf aufrichtiger Freunde. Die schwarz-weißrote Fahne ist nicht verboten. Wenn alle monarchisch gesinnten Offiziere das Heer verlassen sollten, möchte ich einmal den traurigen Rest sehen. Die Löhne sind ungenügend. Wenn die Leute schlechter stehen als die Arbeiter, so werfen wir das ganze Geld für die Reichswehr zum Fenster hinaus. Das Geld wird in haarsträubender Weise verschleudert.

Minister Noske:

Unser Heer und unser Volk brach zusammen unter der Last einer vielfachen Uebermacht und es ist ehrenhaft daraus hervorgegangen. Die Beziehungen mit den Litauern werden sich durch Verhandlungen beseitigen lassen. Der Rücktransport ist schwierig. Vielleicht wird uns ein teilweiser Transport zur See bewilligt. Ich muß mir jeden Eingriff in die Versorgung der Truppen verbitten. Die Verringerung des Heeres ist langsamer gegangen, als ich annahm, weil der Friede immer noch nicht ratifiziert ist. Eine beträchtliche Verminderung der Truppen geht vonstatten. Die Generale sind so weit entlassen, daß wir nur noch die wirklich im Dienste stehenden haben. Wer sich nicht auf den Boden der Tatsachen stellt, kann gehen. Eine Reihe von verdienstvollen Unteroffizieren ist bereits zu Offizieren befördert. Wir werden im allgemeinen die Leute mit 18 Jahren einstellen. Wer mit 30 Jahren dann austritt, muß, wenn er nicht Offizier geworden ist, wissen, was er werden will. Wir werden ihm also einen Zivilversorgungsschein geben müssen. Die Reichswehr muß so gestellt werden, daß sie dem Reiche Halt gewährt auf seinem Wege zu neuem Aufblühen. Das deutsche Volk ist keine Leiche, wie Herr v. Gräfe meint. Es blutet aus tausend Wunden, aber es lebt, und wir hoffen, es wieder blühend zu sehen. Das Reich darf weder durch Tollheiten von rechts noch durch Narrheiten von links gefährdet werden.

Ich werde jeden Putschversuch von rechts genau so bekämpfen wie den von links!

Je kleiner die Truppe, desto schärfer wird sie zupacken. Wir müssen das Land retten. Vorwärts und aufwärts! (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Minister **Davi**d: Wenn man Herrn v. Gräfe gehört hat, weiß man, warum Deutschland zugrunde gehen mußte. Die Niederlage als Folge der Revolution darzustellen ist eine bodenlose Entstellung der Tatsache, und nun schleudert Herr v. Gräfe seine Anklagen gegen die, die den Frieden unterzeichnen mußten. (Zuruf rechts: Warum hat denn Scheidemann nicht unterzeichnet?) Sie kennen die Beweggründe. Es gab keine andre Rettung, und noch sind wir über die Gefahr nicht hinaus. Sind Sie (nach rechts) so verblendet, zu hoffen, daß Deutschland erst bolschewistisch werden muß, damit dann die Reaktion kommen kann? Das wäre die einzige Erklärung für Ihre Politik.

Abg. Dr. **Haas** (Dem.): Wir sind besiegt worden von Deutschen, von denen, die uns durch den U-Bootkrieg Amerika auf den Hals hetzten. Gegen eine Welt von Feinden hätten wir standgehalten. Sie (nach rechts) haben gewußt, was die Generale und die Großindustriellen sagten, aber nicht was die Musketiere und Füsiliere sagten. Die aber wollten nichts wissen von großen Zielen. Nur Haus und Hof wollten sie verteidigen. Wir wollen, daß Löhnung und Verpflegung der Reichswehr gut sind. Euer Unterricht muß erteilt werden. Disziplin muß sein.

Abg. **Koenen** (U. Soz.): Die Politik der Rechtssozialisten ist genau so schuld am Kriege wie die der Rechtsparteien. Millionen werden gefordert für eine Militärpolizei. Der Militarismus saß am Marke des Volkes mehr als je eine Korruption. Die Generale sind monarchistisch bis auf die Knochen. Herr Noske und in Preußen Herr Heine arbeiten ganz in deutschnationalem Sinn. In der deutschen Republik von Noskes Gnaden werden Streikverbote und Belagerungszustandsverordnungen erlassen. Die technische Nothilfe schafft erst den Streik.

Minister **Noske**: In Berlin sind im März über 1000 Leute zu beklagen gewesen, Soldaten und Bürger; aber wir haben den Kampf abgewehrt, den Sie auf die Straße getragen haben.

Ich rate Ihnen sehr, die Masse im Zaum zu halten.

Es gibt keine Zeitfreiwilligenregimenter. Es gibt Listen, in die sich Freiwillige eintragen lassen für Zeiten der Not. Der Friedensvertrag wird von der Regierung loyal erfüllt werden. Die Reichswehr wird anständig versorgt und bezahlt werden. Aber sie muß ein bedingungsloses Werkzeug in der Hand der Regierung sein. (Lärm links. Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das Gehalt des Reichswehrministers wird gegen die Stimmen der U. S. P. und der Deutschnationalen bewilligt.

Weitere Titel werden angenommen, ebenso eine Entschließung Arnstadt (D. Vp.), den Waffenmeistern den Rang der mittleren Beamten zu verleihen.

Angenommen wird eine Entschließung Stücklen (Soz.) wegen Aufbesserung der Gebührnisse usw. der Reichswehr.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Beim

Haushalt des Reichsmilitärgerichts

erklärt Minister Noske auf Anfrage des Abg. Dr. Cohn (U. Soz.), daß er nach Wiederzusammentritt des Hauses diesem den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wird vorlegen können.

Der Haushalt wird angenommen.

Es folgt der Haushalt der

Verwaltung der Reichsmarine

der nach kurzer Aussprache angenommen wird, ebenso wie der Haushalt des Reichstags sowie der Haushalt des Rechnungshofes, der Reichsdruckerei, der Reichsschuld, der allgemeinen Finanzverwaltung, des Etatgesetzes.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191030/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG